

## ***Beschluss der Landesmitgliederversammlung***

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg**

**Samstag, 18. April 2026 Medienschule Wandsbek**

# ***Bestand von Nutrias tiergerecht reduzieren!***

Wir fordern anlässlich der aktuellen Entwicklungen:

- die Forschung zu stärken im Bereich invasiver Arten, damit faktenbasiert über Managementmaßnahmen gemäß EU-Verordnung 1143/2014 entschieden wird. Eine Datenlage muss wissenschaftliche Grundlagen schaffen, um einen tierschutzgerechten Umgang mit den Tieren zu ermöglichen.
- Es braucht ein Management gemäß der EU-Verordnung 1143/2014 für invasive Arten. Töten ist immer das letzte Mittel. Zuerst sind Maßnahmen durchzuführen, die die Vermehrung auf andere Weise als Tötung eindämmen: statt Tötung an alternativen Mittel abzurufen ist: Fütterungsverbote, Umwandlung, Überkletterung. Maßnahmen wie die Sterilisation der Tiere müssen geprüft werden. Die Bejagung hat nicht zu einer merklichen Reduktion der Bestände geführt, hieran sollte nicht schlicht aus Prinzip festgehalten werden. Das weitere Vorgehen sollte wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, die tatsächliche Bestandsreduktion zum Ziel haben und in enger Abstimmung mit der Umweltbehörde erfolgen.
- Da nach bisherigen Erkenntnissen das Zusammenleben von Nutria und Biber friedlich und ohne Konkurrenz verläuft, müssen Maßnahmen besonders in Gebieten, in denen auch der streng geschützte Biber lebt, gemonitort werden oder gänzlich unterbleiben.

- Invasive Arten dürfen von Wildtierstationen gemäß EU-Verordnung 1143/2014 nicht freigelassen werden. Damit die Wildtierstationen nicht überfüllt sind, wäre ist eine Ausnahmegenehmigung für die Auswilderung der invasiven Arten (kastriert/sterilisiert) in diesem Sonderfall sinnvoll. Die zeugungsunfähigen Tiere würden dann den Lebensraum besetzen, was und können so wirksam zu einem Populationsrückgang führt.
- Bewusstsein schärfen: Welche Verantwortung tragen Menschen eigentlich an dieser Situation? Menschen haben die invasiven Arten eingebracht, da müssen wir auch vernünftig mit umgehen. Die Bevölkerung sollte umfassender informiert werden, u.a. auch zur Fütterung.